

Pressemitteilung

Lübeck, 21. August 2019

Kommunen lebenswert und klimagerecht gestalten

Veranstaltung in Lübeck informiert über Strategien, Praxisbeispiele und Fördermöglichkeiten

Klimaschutz und Klimawandel sind nicht erst seit den „Fridays for Future“-Demonstrationen weit oben auf der politischen Agenda in Städten und Gemeinden. Gleichzeitig wird auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität für Bürgerinnen und Bürger immer mehr zu einem maßgeblichen Standortfaktor. Dass beides gemeinsam funktionieren kann machte eine Veranstaltung in Lübeck deutlich: Grüne Innenstädte und Ortskerne erhöhen die Aufenthaltsqualität für Bürgerinnen und Bürger sowie für Touristen und machen die Kommunen fit für den Klimaschutz. Auf der Veranstaltung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der Initiative „Grün in die Stadt“ diskutierten Kommunalvertreter aus ganz Norddeutschland, wie grüne Städte und Gemeinden der Zukunft aussehen können. Im Mittelpunkt standen funktionierende Strategien, gute Praxisbeispiele und Möglichkeiten, Fördermittel des Bundes und der Länder zu nutzen.

„Kommunen der Zukunft sind grün und lebenswert. Wir müssen weg von der autogerechten Stadt der 1970er Jahre, hin zu einer Stadt der Zukunft, die den Interessen der Menschen Rechnung trägt. Mit mehr Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger, mehr Grün und einer Architektur, die zum Verweilen einlädt“, sagte Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, in Lübeck. „Kluge Stadtentwicklung setzt auf kurze Wege, Parks sowie Grünflächen als Begegnungsräume. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren Akteuren können Städte und Gemeinden ihre Ideen einer grünen, lebenswerten und klimagerechten Stadt oder Gemeinde als Modell der Zukunft entwickeln.“

„Stadtgrün spielt in lebenswerten Kommunen auch für Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel eine entscheidende Rolle. Grüne Zonen dienen als Feinstaubfilter, erhöhen die Luftqualität und können als Temperaturregulator gerade bei Hitzeperioden eine wichtige Funktion übernehmen“, stellte Jan Paul, Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau die Bedeutung des Themas heraus. *„Wir wollen weg von den vielfach vorhandenen Asphalt- und Betonwüsten. Um dieses Ziel gemeinsam mit den Kommunen zu erreichen, haben wir die Initiative „Grün in die Stadt“ ins Leben gerufen. Wir informieren unter anderem über Fördermöglichkeiten und Praxisbeispiele.“*

Welche Auswirkungen der Klimawandel auf die Kommunen haben wird, illustrierte in Lübeck Prof. Dr. Andreas Matzarakis vom Deutschen Wetterdienst. Er machte deutlich, dass Städte und Gemeinden für die Anpassung an die Klimafolgen eine entscheidende Rolle haben. Wie der Umbau hin zu einer grünen Stadt aussehen kann, wie Kommunen die verschiedenen Förderprogramme intelligent nutzen und wie eine aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger gelingen kann, wurde im Rahmen einer Diskussionsrunde dargestellt. Anna Stratmann, Geschäftsführerin des Bundesverbandes „Die Stadtentwickler“ skizzierte in ihrem Vortrag, dass Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert besonders auf die Faktoren Nachhaltigkeit und Lebensqualität abstellt und dass die Integration von Stadtgrün eine zentrale Rolle spielt.

Die Veranstaltung im Rathaus der Hansestadt Lübeck war die zweite Informationsveranstaltung im Rahmen der gemeinsamen Kampagne des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der Initiative „Grün in die Stadt“. Am 02. September 2019 sind die beiden Ausrichter in der nordrhein-westfälischen Stadt Bergkamen zu Gast.

Weitere Informationen finden sich im Netz unter www.dstgb.de und unter www.gruen-in-die-stadt.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Pressesprecher
Alexander Handschuh
Telefon 030.773 07.253
E-Mail: alexander.handschuh@dstgb.de
Marienstraße 6
12207 Berlin